



## **Haushaltsrede 2021**

**Sehr geehrte Herren Präsidenten,  
Liebe Kolleginnen und Kollegen,  
Meine sehr verehrten Damen und Herren,**

Vor einem Jahr wusste niemand von uns, was Covid 19 ist, niemand ahnte, welch tückischer Virus hinter diesem Namen steckt und niemand hätte ernsthaft geglaubt, dass wir in eine Pandemie, in eine globale Katastrophe mit vielen Toten und schrecklichen Folgen für die Bevölkerungen hineinlaufen werden.

Beinahe über Nacht schoss ein Bereich in den Vordergrund unserer Aufmerksamkeit, der jahrelang einer beispiellosen Kommerzialisierung und rigiden Sparpolitik unterworfen wurde. Die Debatte um unser Gesundheitssystem und der bis dato propagierte massive Abbau der Krankenhauskapazitäten muss im Lichte der Pandemie vollkommen neu geführt werden.

Müssen unsere Krankenhäuser immer mehr als reine Wirtschaftsunternehmen geführt werden, die jedes Jahr mit einer Flut an neuen Gesetzen, Regelungen und Vorschriften überschüttet werden, die zu immer absurderen Bürokratiemonstern und Personalgängelungen führen, wie z.B. die kürzlich eingeführte Pflegepersonaluntergrenzen-Verordnung? Oder müssen unsere Krankenhäuser nicht wieder viel stärker als Einrichtungen der Daseinsvorsorge begriffen werden, in denen nicht die Wirtschaftlichkeit das oberste Primat darstellt, sondern die Versorgungssicherheit unserer Bevölkerung?

Wir im Bezirk Unterfranken sind Träger von 10 Krankenhäusern und Heimen, sind Arbeitgeber von mehr als 3000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern allein in diesem Bereich. Die Pandemie und die sich daraus ergebenden neuen Fragestellungen und Bewertungen betreffen uns deswegen ganz besonders und sollten genau beobachtet und diskutiert werden.

Der Bericht unseres Klinikreferenten Herrn Oswald zu unseren Krankenhäusern und Heimen ist so spannend, vielschichtig und komplex, dass wir eigentlich dazu eine eigene Sitzung bräuchten, um den Dschungel an gesetzlichen Vorgaben, neuen Personalverordnungen, neuen Bedingungen der Budgetverhandlungen und vor allem die strukturellen Entwicklungen zu durchdringen. Was bedeutet das alles für unsere Häuser in Zukunft und was müssen wir tun?

Wie schnell unser Gesundheitssystem an seine Grenzen kommt, hat das Virus gnadenlos aufgezeigt. Bilder eines heillos überlasteten Gesundheitssystems wie in Italien, sollten bei uns tunlichst vermieden werden. Zur Schaffung von Bettenkapazitäten für die Versorgung von Covid 19 Patienten wurden Krankenhäuser angewiesen, planbare Eingriffe bzw. Behandlungen abzusagen, Neuaufnahmen in

Heime und Reha-Einrichtungen zu beenden. Nur dank dieser gravierenden Einschnitte, konnte die erste Infektionswelle adäquat bewältigt werden. Die dadurch ausgelösten Einnahmeausfälle durch Belegungsrückgänge wurden durch pauschale tägliche Ausgleichbeträge aufgefangen und sicherten das wirtschaftliche Überleben vieler Häuser.

Doch jetzt bahnt sich im Zuge der zweiten viel heftigeren Infektionswelle erneut ein hoher Bedarf an Behandlungskapazitäten in unseren Häusern an. Wie die gegenfinanziert werden, ist derzeit völlig unklar. Aufgrund dieser vielen Unsicherheiten und neuen Situationen durch das Virus, verstehen wir, dass eine verlässliche Planung der Wirtschaftszahlen kaum möglich ist und wir alle die Entwicklungen abwarten müssen. Wir hoffen, dass schnell wirksame Medikamente und Impfstoffe in den Impfbetrieben verfügbar werden, die uns alle, aber vor allem unsere MitarbeiterInnen schützen werden.

Nicht nur die Pandemie treibt uns um. Zusätzlich sorgen strukturelle und insbesondere vertragliche Probleme mit der Kinder- und Jugendpsychiatrie in Würzburg und der Klinik am Greinberg für schlechte Zahlen und bedürfen einer Grundsatzdebatte. Auch wir Grüne sind der Meinung, dass die daraus entstandenen und noch entstehenden Defizite nicht anderen Häusern aufgebürdet werden sollen, sondern durch geeignete Maßnahmen selber aufgefangen werden müssen.

Zum Kameralhaushalt: Der Bezirksausschuss hat dem Bezirkstag mehrheitlich eine Erhöhung der Umlage um 0,9% Punkte empfohlen. Wir Grüne haben dagegen den Vorschlag der Kämmerei unterstützt, der eine Erhöhung um 1,4 %- Punkten vorgesehen hatte. Dieser Vorschlag kam nicht von uns, sondern wohlbegründet und durchgerechnet aus der Verwaltung und wurde anschließend aus politischen Motiven heraus gekürzt. Warum?

Das ist umso erstaunlicher, weil eine Umfrage bei den Umlagezahlern ergeben hat, dass keine einzige Kennzahl auf eine kritische finanzielle Situation der Städte und Landkreise hinweist. Ohne Not soll dennoch um 0,5% Punkte abgesenkt werden und dass die Umlagezahler und die hier im Gremium vertretenen LandrätInnen und BürgermeisterInnen ein solches Geschenk nicht ablehnen, liegt in der Natur der Sache. Wir Grüne hätten es uns einfach machen können, indem wir diesen 0,9% Punkten zustimmen. Dann hätten wir uns alle auf die Schulter geklopft und uns zu der großen gegenseitigen Solidarität in der kommunalen Familie beglückwünscht. Und glauben Sie mir, wenn wir Grüne von ihren Argumenten überzeugt wären, dann hätten wir das auch getan.

Aber die Fakten sprechen leider eine andere Sprache: Fakt ist, dass die Sozialausgaben im Bezirkshaushalt um stattliche 28,5 Mio € steigen. Allein in der Hilfe zur Pflege haben wir eine Steigerung von 17 Mio. Das BTHG, die Krisendienste und das Angehörigenentlastungsgesetz kosten viel Geld und werden auch in Zukunft viel Geld kosten. Der Bayerische Bezirkstag hat pro Jahr 6-8% Steigerung der Sozialausgaben hochgerechnet. Herr Kämmerer Polst beziffert sie für Unterfranken sogar auf 11%.

Demgegenüber stehen nur sehr geringe Erhöhungen der Finanzausgleichsmittel durch den Freistaat Bayern. Der Finanzminister bietet den 7 Bezirken ganze 15 Mio Steigerung an, obwohl sie mindestens 250 Mio bräuchten. Nach jahrelangen immer wieder fehlgeschlagenen Appellen und Resolutionen, die

---

Fraktionsvorsitzende: **Bärbel Imhof**, Dipl.-Biol., Partensteiner Str. 30, 97816 Lohr am Main  
TEL 09352 89350, E-Mail:baerbel.imhof@gmx.de

Stellv. Fraktionsvorsitzender: **Gerhard Müller**, Dipl.-Psych., Sieboldstr. 17, 97218 Gerbrunn  
TEL 0176 10148403, FAX 0931 415101, gerhard.mueller@neuropsychologie.de

Deutsche Apotheker- und Ärztebank Würzburg, IBAN: DE79300606010001477404, BIC: DAAEDEDXXX

Bezirke zumindest halbwegs angemessen an den FAG-Mitteln zu beteiligen, hat der Bayerische Bezirkstagspräsident Herr Löffler kapituliert und das Finanzierungssystem der Bezirke ernsthaft in Frage gestellt. Die Bezirke sollen zwar die Aufgaben für die Bürgerschaft des Freistaats übernehmen, die ja auch die Bürgerschaft der Städte und Gemeinden ist, bekommen dafür nicht genügend Mittel zugestanden. Es heißt, wir können es uns ja über die Umlage holen. Warum tun wir das dann nicht?

Uns Grünen drängt sich mehr und mehr der Eindruck auf, dass es gar nicht mehr darum geht, die Bezirke auskömmlich zu finanzieren, sondern dass man grundsätzlich die Sozialpolitik im Freistaat ändern will. Einzelne Äußerungen aus diesem Gremium, dass wir uns auf die Pflichtaufgaben konzentrieren und uns fragen müssen, welche Standards wir künftig noch finanzieren wollen, deuten genau in diese Richtung. Wir Grüne sind nicht grundsätzlich dagegen über die Sozialpolitik in Bayern und damit in den Bezirken zu diskutieren. Aber wir wollen eine strukturelle Diskussion um die grundsätzliche Ausrichtung der Sozialpolitik führen und dann müssen alle erklären, welche Strukturen sind überholt und wie stellt man sich eine moderne sozialräumliche Politik vor. Wer sollen die Gewinner und wer sollen die Verlierer in einem neu geordneten System sein? Die wenigen Großen oder die vielen kleinen Einrichtungen? Mit Kürzungen von lange und hart erkämpften Standards ist es sicher nicht getan, liebe Kolleginnen und Kollegen, und wenn uns die Corona-Pandemie eines gelehrt hat, dann die Erkenntnis, dass wir die Leistungen unserer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im Sozialbereich deutlich mehr wertschätzen müssen, nicht mit mehr Applaus, sondern mit besseren Bedingungen.

Fakt ist auch, dass die Bezirke die Umlagezahler seit Jahren erheblich entlasten. Schließlich leistet der Bezirk einen großen Teil der sozialen Aufgaben. Wann erkennen die Umlagezahler an, dass wir ihnen nicht nur das Geld aus der Tasche ziehen, sondern damit wichtige Aufgaben für ihre Bürger erledigen. Und trotz dieser Entlastungen profitieren nahezu ausschließlich die Landkreise und Städte von den aufgestockten FAG Milliarden. Niemand von den Landkreisen und Städten hat die Bezirke in ihren Forderungen unterstützt für ihre Leistungen ausreichend Mittel zur Verfügung gestellt zu bekommen, warum nicht? Auch die sog. Bundesmilliarde für die Eingliederungshilfen fließt in Bayern an den Bezirken vorbei direkt in die Kassen der Landkreise und Städte. 52Mio € davon stünden eigentlich dem Bezirk Unterfranken in 2021 zu. Das entspricht 3,1 % Hebesatz-Punkten Entlastung. Doch davon spricht niemand hier, warum nicht?

Anstatt diese enormen Leistungen der Bezirke gegenüber den Umlagezahlern deutlich herauszustellen, sprechen Sie Herr Präsident davon, dass wir die Umlagezahler noch mehr schonen müssen und dann hören wir wieder das hohe Lied von der kommunalen Familie, die zusammenstehen und untereinander solidarisch sein muss. Ja, das wollen wir auch. Wir Grüne fordern, dass diese Solidarität auch für die Bezirke gilt, damit sie ihren Aufgaben gerecht werden können.

Wir befinden uns im Coronajahr. Das Virus hat das normale Leben und Wirtschaften auf den Kopf gestellt. Enorme Finanzhilfen für die Wirtschaft sind geflossen. Konjunkturelle Rettungsschirme wurden aufgespannt und niemand weiß so genau, wie es weitergeht. Das gilt auch für die Haushalte und weil alles so unsicher ist, hat man seitens des Staates den Kommunen erlaubt von den strengen Haushaltsvorschriften ausnahmsweise abzuweichen. Der Finanzminister schlägt vor, Investitionen ausschließlich mit Mitteln aus den, falls vorhanden, Rücklagen und oder mit Krediten zu finanzieren,

---

Fraktionsvorsitzende: **Bärbel Imhof**, Dipl.-Biol., Partensteiner Str. 30, 97816 Lohr am Main  
TEL 09352 89350, E-Mail:baerbel.imhof@gmx.de

Stellv. Fraktionsvorsitzender: **Gerhard Müller**, Dipl.-Psych., Sieboldstr. 17, 97218 Gerbrunn  
TEL 0176 10148403, FAX 0931 415101, gerhard.mueller@neuropsychologie.de

Deutsche Apotheker- und Ärztebank Würzburg, IBAN: DE79300606010001477404, BIC: DAAEDEDXXX

also dafür Schulden aufzunehmen. Falls restliche Rücklagen vorhanden sind, sollen diese vollständig dem VerwaltungshH zugeschlagen werden und wenn es dann immer noch nicht reicht, sollen auch die gesetzlichen Mindestrücklagen vollständig aufgebraucht werden dürfen. Diese müssen allerdings im nächsten Jahr wieder aufgefüllt werden.

Unser Kämmerer Herr Polst, den wir an dieser Stelle als sehr umsichtig loben möchten, hat das beherzigt und vorgeschlagen, den VerwaltungshH vom VermögenshH abzutrennen und nur noch die Pflichtzuführung von 1Mio € zur Tilgung zuzuweisen. Die Investitionen werden ausschließlich über Rücklagenabbau finanziert. Dabei wird die Mindestrücklage schon um 700.000 € unterschritten. Die Umlagezahler werden mit dieser Vorgehensweise um weitere 6 Mio € geschont, da der komplette VermögenshH nicht mehr die Umlage belastet. Diesen Vorschlag hätten wir sofort mitgetragen. 700.000 € Unterschreitung der Mindestrücklage wären ein überschaubarer Betrag gewesen, der ja nächstes Jahr wieder aufgefüllt werden muss. Unterm Strich bedeutet dieser Vorschlag 1,4% Punkte Hebesatzerhöhung auf 20,7 % Umlage.

Warum jetzt die Umlage nur auf 20,2% angehoben werden soll, erschließt sich uns Grünen nicht und ist auch fachlich und sachlich nicht zu begründen. Um diese weitere Schonung zu ermöglichen, muss die komplette Rücklage einschließlich der Mindestrücklage dem VerwaltungshH zugeführt werden. Der VermögenshH muss dann zusätzlich über Kredite finanziert werden. Das bedeutet, der Bezirk macht Schulden, um die Umlagezahler zu schonen und er muss die 5 Mio € Mindestrücklage nächstes Jahr wieder auffüllen. Woher soll dieses Geld kommen, wenn nicht von den Umlagezahlern? Die vermeintliche Entlastung entpuppt sich also als Belastung im nächsten Jahr? Was soll das bringen? Nach allen Prognosen, die wir bisher kennen, verschlechtert sich die finanzielle Situation der Kommunen aufgrund sinkender Umlagekraft durch coronabedingte Steuerausfälle erheblich. Ob Bund und Land nochmal in diesem Umfang Steuerausfälle ausgleichen, ist nicht zu erwarten. Bisher haben wir auch noch keine Zusage vom bayerischen Finanzminister, ob die coronabedingten Mehrausgaben bzw. Mindereinnahmen im Sozialbereich vom Freistaat übernommen werden.

Deswegen unser Appell an Sie, nehmen sie dem Bezirk Unterfranken nicht die Handlungsfähigkeit in der sozialen Sicherung und bleiben Sie bei 1,4% Erhöhung der Bezirksumlage. Damit sorgen sie für eine solide Finanzierung des HH 2021 und darüber hinaus. Denn dabei geht es um den Erhalt der sozialen Leistungen der Bürger in den nächsten Jahren!

Zum Schluss wollen wir danke sagen für die großartigen Leistungen unserer MitarbeiterInnen in dieser schweren Zeit und wie gut trotz aller Schwierigkeiten und unbekanntem Situationen die Krise bisher bewältigt wurde. Es grenzt schon fast an ein Wunder, wie wenige positive Corona-Fälle wir in unseren Einrichtungen und in der Hauptverwaltung bisher haben. Es zeigt uns, dass umsichtig und schnell gehandelt wurde von allen Verantwortlichen. Das verdient unseren höchsten Respekt und Anerkennung. Vielen Dank dafür!

Wir wünschen Ihnen und ihren Familien vor allem Gesundheit, ein gesegnetes Weihnachtsfest und alles Gute im neuen Jahr!

---

Fraktionsvorsitzende: **Bärbel Imhof**, Dipl.-Biol., Partensteiner Str. 30, 97816 Lohr am Main  
TEL 09352 89350, E-Mail:baerbel.imhof@gmx.de

Stellv. Fraktionsvorsitzender: **Gerhard Müller**, Dipl.-Psych., Sieboldstr. 17, 97218 Gerbrunn  
TEL 0176 10148403, FAX 0931 415101, gerhard.mueller@neuropsychologie.de

Deutsche Apotheker- und Ärztekbank Würzburg, IBAN: DE79300606010001477404, BIC: DAAEDEDXXX